

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Grundlagen	1
I. Einführung	1
II. Begriffliches	5
1. Ein terminologisches <i>Caveat</i>	5
2. Beweismaß und Beweislast	6
3. Theorien zur Verteilung der Beweislast	8
III. Tatsachenermittlung und Beweiswürdigung durch den EGMR	11
1. Das Verfahren der Individualbeschwerde vor dem EGMR: Subjektiver Rechtsschutz und objektive Funktion zum Schutz der Menschenrechte	11
2. Ermittlungsbefugnisse des EGMR zwischen Subsidiarität und Substantiierung	16
a) Geltung von Untersuchungs- oder Beibringungsgrundsatz vor dem EGMR?	16
b) Folgerungen für die Anwendbarkeit der Beweislasttheorien und die Terminologie	20
c) Einbeziehung von <i>amicus curiae briefs</i>	21
3. Grundsätze des Beweisrechts vor dem EGMR	25
a) Genese und Prinzipien des Beweisrechts des EGMR	26
b) Das angewandte Beweismaß	29
c) Die Verteilung der Beweislast	32
Kapitel 2: Situationen der Informationsasymmetrie	37
I. Grundzüge der Sachverhaltsermittlung in Situationen der Informationsasymmetrie	40
1. Konstellationen der Informationsasymmetrie: Situative Anwendungsfelder	42
a) Problembereich (1): Staatliche Kontrolle im weiteren Sinne	42
b) Problembereich (2): Fälle des Verschwindenlassens von Personen	46

2.	Beweisrechtliches Vorgehen in den Situationen der Informationsasymmetrie im Grundsatz.	50
	a) Verteilung der objektiven Beweislast und angewandtes Beweismaß	50
	b) Tatsachenfeststellungen des Gerichtshofs in den Fällen der Informationsasymmetrie	52
	(1) Tatsachenfeststellungen des Gerichtshofs im Grundsatz	52
	(2) Tatsachenfeststellungen in Haftkonstellationen und in Fällen des Verschwindenlassens	55
	(a) Nachweis einer Beteiligung des beklagten Staates an der Inhaftierung bzw. Entführung des Opfers.	56
	(i) Die Befragung von Zeugen und „anderen Personen“	56
	(ii) Urkundenbeweise	61
	(b) Nachweis von während der Inhaftierung entstandenen Verletzungen bzw. unmenschlichen oder erniedrigenden Haftbedingungen	62
3.	Sanktionierung der Verletzung innerprozessualer Kooperationspflichten	68
	a) Normative Verankerung innerprozessualer Kooperationspflichten und ihre Entwicklung in der Rechtsprechung.	69
	b) Inhalt der innerprozessualen Kooperationspflichten aus Art. 38 Hs. 2 EMRK.	73
	c) Schlussfolgerungen („ <i>inferences</i> “) aus der Verletzung von Mitwirkungspflichten für die Verletzung materieller Konventionsgarantien	76
II.	Besondere Strategien der Beweisfindung in Situationen der Informationsasymmetrie	82
1.	Nachweiserleichterungen in der Form von Vermutungen.	82
	a) Genese und Bedeutung der „ <i>presumptions of fact</i> “ in der Rechtsprechung.	82
	b) Terminologische Einordnung der „ <i>presumptions of fact</i> “	87
	c) <i>Ratio</i> der Vermutungen	90
	d) Voraussetzungen und Widerlegung der „ <i>presumptions</i> “	94
	(1) Voraussetzungen und Umfang der „Vermutung staatlicher Verantwortlichkeit“	94
	(2) Voraussetzungen der Vermutung des Todes	97
	(a) Zeitablauf und <i>prima facie case</i> staatlicher Verstrickung in eine Entführung.	98
	(b) Praxis des Verschwindenlassens	104

- (c) Zusammenfassung: Etablierung der Vermutung des Todes in aktuellen Urteilen 109
 - 2. Nachweiserleichterungen in der Form von Verschiebungen des Beweisthemas 110
 - a) Feststellung der Verletzung staatlicher Ermittlungspflichten als „next best finding“ 111
 - (1) Genese und Herleitung von Ermittlungspflichten aus der EMRK 111
 - (2) Auslöser, Umfang und Verhältnis der Ermittlungspflichten zur abwehrrechtlichen Dimension der Konventionsrechte 115
 - (3) Bewertung 121
 - (a) Ermittlungspflichten als Ausfluss eines individuellen „right to know the truth“ 121
 - (b) Geringeres Gewicht der Feststellung einer Verletzung von Ermittlungspflichten? 124
 - b) Feststellung der Verletzung von staatlichen Schutzpflichten 126
 - (1) Anwendung des Schutzpflichtenkonzepts auf Situationen unter staatlicher Kontrolle. 127
 - (a) Die Schutzpflichtendogmatik als theoretisches Fundament für Erklärungspflichten einerseits und als Zurechnungsgrundlage andererseits. . . . 128
 - (b) Auslöser von Schutzpflichten in den Haftkonstellationen und die Figur des „vulnerable individual“ 131
 - (2) Anwendung des Schutzpflichtenkonzepts in Situationen des Verschwindenlassens 132
 - (a) Die Entfaltung der Schutzpflichtendogmatik in *Osmanoğlu v. Turkey* 133
 - (b) Die Entwicklung der Rechtsprechung 135
 - (c) Bewertung des Ansatzes 137
 - III. Zusammenfassung und Bewertung des beweisrechtlichen Vorgehens in Situationen der Informationsasymmetrie 139
- Kapitel 3: Prognoseentscheidungen und Risikogewichtungen 143**
 - A. Nachweis von Konventionsverletzungen in der Umweltrechtsprechung des EGMR 145
 - I. Entwicklung der umweltrechtlichen Rechtsprechung und der angewandten Nachweistechiken 146
 - 1. Materiell-rechtliche Grundsätze der umweltrechtlichen Rechtsprechung des EGMR 146
 - 2. Beweisrechtliche Grundsätze der umweltrechtlichen Rechtsprechung des EGMR 154

II.	Nachweis einer belastenden Umweltsituation und deren Auswirkungen auf den Beschwerdeführer	160
1.	Die Umweltsituation	160
a)	Rückgriff auf Datenerhebungen aus dem nationalen Verfahren	160
b)	Individuelle Informationsrechte hinsichtlich der Umweltsituation in Anlehnung an die Aarhus-Konvention	163
c)	Lösung von Fällen wissenschaftlicher Ungewissheit über die <i>margin of appreciation</i> -Doktrin	167
2.	Nachweis der Auswirkungen auf Beschwerdeführer: Betroffenheit des Schutzgutes und Kausalität	169
a)	Nachweisgrundsätze hinsichtlich der Auswirkungen der Umweltsituation auf das konventionsrechtlich geschützte Rechtsgut des Beschwerdeführers	170
b)	Nachweiserleichterungen, insbesondere in Bezug auf den Kausalitätsnachweis	174
(1)	Reduktion des zu führenden Nachweises durch die Einbeziehung von Risikosituationen	176
(a)	Grundsätzliches zum Risikokzept und terminologische Abgrenzungen	176
(b)	Entwicklung der Rechtsprechung des Gerichtshofs zu Risikosituationen und der Einfluss des umweltvölkerrechtlichen Vorsorgeprinzips	179
(c)	Grad des für erforderlich gehaltenen Risikos	186
(d)	Beweismaßreduktion als Folge der Untersuchung von Risikolagen?	189
(e)	Bewertung, insbesondere: Inkohärenzen der Rechtsprechung hinsichtlich des Kausalitätsnachweises auf Sekundärebene	190
(2)	Notwendigkeit einer Beweislastumkehr zugunsten von Beschwerdeführern?	191
III.	Nachweis der staatlichen Verantwortlichkeit für die umweltbedingte Beeinträchtigung von Konventionsrechten: Mindestvoraussetzung der Kenntnis von gefahrbezüglichen Umständen	193
IV.	Zusammenfassung und Bewertung	197
B.	Nachweis von Konventionsverletzungen in der Rechtsprechung zu Ausweisungen und Auslieferungen	198
I.	Grundzüge der Rechtsprechung des Gerichtshofs zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen	199

1.	Ausgangspunkt: Das Urteil <i>Soering v. the United Kingdom</i> und seine dogmatische Fundierung	200
2.	Ausweitung der <i>Soering</i> -Rechtsprechung auf weitere Fallkonstellationen	204
	a) Ausweitung des materiell-rechtlichen Schutzstandards	204
	b) Weitere Ausweitung der (prozeduralen) Schutzstandards: Überprüfung der Konventionskonformität von Dublin-Überstellungen und Bindungswirkung von <i>interim measures</i>	207
II.	Nachweis einer Verletzung von Art. 3 EMRK durch die aufenthaltsbeendende Maßnahme	213
	1. Grundlagen	213
	a) Verteilung der Beweislast und Folgen des Prognosecharakters der Entscheidung für das Beweisrecht	213
	b) Der relevante Zeitpunkt für die Risikoeinschätzung	218
	c) Nachweis der Kenntnis des Staates von den das Risiko begründenden Umständen.	222
	2. Begriff und dogmatische Verortung des „real risk“	225
	a) Die Risikoprognose als Wahrscheinlichkeitsurteil	225
	b) Der erforderliche Wahrscheinlichkeitsgrad	228
	c) Notwendigkeit einer Beweismaßreduktion als Folge des Prognoseurteils?	231
	3. Nachweisanforderungen für das Bestehen eines „real risk“ einer Verletzung von Art. 3 EMRK	233
	a) Ausgangspunkt: Nachweis eines individualisierbaren Risikos für den Beschwerdeführer	233
	(1) Darlegung der allgemeinen Situation im Aufnahmestaat	234
	(2) Darlegung eines verschärften Risikos für den Beschwerdeführer	239
	(a) Nachweis von „special distinguishing features“, die eine individuelle Gefährdung implizieren	240
	(b) Ausreichenlassen einer situationsbedingten Gefahr.	242
	(c) Lediglich Nachweis der individuellen Gefährdung bei gesundheitsbedingten Ausweisungshindernissen	243
	(d) Insbesondere: Diplomatische Zusicherungen als Ausschlussgrund für ein individuelles Risiko	245

(3)	Sukzessiver Verzicht auf den Nachweis eines individuellen Risikos?	250
(a)	Ausreichenlassen eines Gruppenverfolgungsrisikos und Erstellen von Risikoprofilen	250
(b)	Nachweis allgemein konventionswidriger Zustände im Aufnahmestaat	255
(c)	Kategorisierung von Beschwerdeführern als „ <i>vulnerable individuals</i> “	257
b)	Nachweiserleichterungen	262
(1)	Überprüfung der Qualität des nationalen Verfahrens im Zusammenhang mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen	263
(a)	Grundlagen und dogmatische Einordnung der innerstaatlichen Verfahrenspflichten	263
(b)	Funktionen der Untersuchung des nationalen aufenthaltsrechtlichen Verfahrens	265
(c)	Auslöser und Inhalt der Verfahrenspflichten im nationalen Verfahren	273
(2)	Reduktion des vom Gerichtshof angelegten Beweismaßes im Zusammenhang mit aufenthaltsbeendenden Maßnahmen?	276
(3)	Vermutungen für die Konventionskonformität von Überstellungen im Rahmen des Dublin-Systems?	278
(a)	Ausgangspunkt: Vermutung für die Konventionskonformität von Überstellungen auf der Grundlage des Dublin-Systems	279
(b)	Das Urteil <i>M. S. S. v. Belgium and Greece</i> als Wendepunkt	282
(c)	Die Rechtsprechung nach <i>M. S. S. v. Belgium and Greece</i>	285
(4)	Anwendung von Art. 13 EMRK in Fällen der Weiterverweisung nach dem Dublin-System	289
(5)	Weitere im engeren Sinne prozedurale Darlegungserleichterungen	291
III.	Zusammenfassung und Bewertung	297
C.	Zusammenschau des beweisrechtlichen Vorgehens in Risikofällen	301
Kapitel 4:	Diskriminierungen	305
A.	Direkte Diskriminierungen	310
I.	Eröffnung des Regelungsbereichs eines Konventionsrechts und Vorliegen eines Diskriminierungsmerkmals	311

II. Vergleichbare Lage	315
1. Einführung	315
a) Vergleichbarkeitsprüfung über den Wortlaut hinaus?	315
b) Vergleichbarkeit als Rechts- oder Tatsachenfrage? ..	318
2. Prüfung der vergleichbaren Lage	319
a) Grundlagen	319
b) Zweischrittige Prüfung zum Nachweis der Vergleichbarkeit	322
(1) Vergleichsgruppenbildung	323
(2) Inhalt des Vergleichbarkeitstests und Bewertung des Vorgehens	324
3. Entfallen der Vergleichbarkeitsprüfung	331
a) Vermutungen für Vergleichbarkeit	331
(1) Orientierung an Präzedenzurteilen	331
(2) Vermutungen für Vergleichbarkeit in Abhängigkeit von bestimmten Diskriminierungsmerkmalen?	335
b) Zusammenfassen von Vergleichbarkeitstest und anderen Prüfungsschritten	339
(1) Zusammenfassen mit dem Prüfungspunkt der Kausalität	339
(2) Zusammenfassen von Vergleichbarkeitstest und Rechtfertigungsprüfung	343
(a) Untersuchung der Vergleichbarkeit mit Blick auf den Zweck der gesetzlichen Regelung	343
(b) Diskussion der Unterschiede zwischen den Vergleichspersonen als „Rechtfertigungsgründe“	345
4. Zusammenfassung: Funktion und Bewertung des Vergleichbarkeitstests	348
a) Funktion des Vergleichbarkeitstests	348
b) Kritik am Vergleichbarkeitstest	349
(1) Intransparenz und Fehlen von Vergleichspersonen in Einzelfällen	349
(2) Insbesondere: Vergleichbarkeitstest als Hindernis im Umgang mit intersektionellen Diskriminierungen?	351
(a) Begrifflichkeit intersektioneller Diskriminierungen	351
(b) Herangehensweise des EGMR an Fälle intersektioneller Diskriminierungen	352
(c) Bewertung des Vorgehens	358

c)	Vorgeschlagene Alternativen zum Vergleichbarkeitstest in der Literatur	360
d)	Abschließende Bewertung und eigener Vorschlag	362
III.	Die Kausalität des Diskriminierungsmerkmals für die Behandlung	363
IV.	Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen	367
1.	Beweislast und Argumentationslast auf Ebene der Rechtfertigungsprüfung	369
2.	Einflussfaktoren der <i>margin of appreciation</i> als Rechts- und Tatsachenfragen	371
3.	Bewertung der Konsens-Argumentation	376
B.	Indirekte Diskriminierungen: Nachweis von Wirkungen	380
I.	Inhalt und Entwicklung des Konzepts indirekter Diskriminierung vor dem EGMR	380
II.	Zentrale Beweisanforderungen des EGMR zu mittelbaren Diskriminierungen	384
1.	Allgemeines	384
2.	Gegenstände des Beweises in Fällen behaupteter indirekter Diskriminierungen	384
a)	Wirkungsbezogene Untersuchung der staatlichen Maßnahme	385
(1)	Entbehrlichkeit des Nachweises einer diskriminierenden Absicht	386
(2)	Nachweis von Wirkungen staatlicher Maßnahmen mittels Statistiken	388
b)	Gruppenbezogenheit des Nachweises	393
c)	Einbeziehung der sozialen Rahmenbedingungen der Beschwerde	395
(1)	Kontextbezogene Tatsachen in Urteilen zu mittelbaren Diskriminierungen	395
(2)	Funktion der Einbeziehung kontextbezogener Tatsachen	402
(3)	Kontextbezogene Tatsachen aus <i>amicus curiae briefs</i> und Berichten internationaler Organisationen	403
3.	Nachweiserleichterungen in Verfahren zu mittelbaren Diskriminierungen	406
a)	Nachweiserleichterungen zur Substanziierung mittelbarer Diskriminierungen	406
b)	<i>Prima facie case</i> und <i>shift in the burden of proof</i>	408
(1)	Inhalt und Folgen des <i>prima facie case</i> in Fällen mittelbarer Diskriminierungen	408

(2) Vergleich mit anderen Anwendungsfällen des <i>prima facie case</i> und mögliche Gemeinsamkeiten mit dem Institut des „Anscheinsbeweises“ aus dem nationalen Recht	413
4. Gesamtbewertung der beweisrechtlichen Handhabung indirekter Diskriminierungen	414
C. Staatliche Handlungen aus diskriminierenden Motiven	415
I. Sachverhaltsstruktur und Entwicklung der Rechtsprechung des EGMR.	417
1. Gegen die kurdische Minderheit in der Türkei gerichtete Gewalttaten.	418
2. Gegen die Minderheitengruppe der Roma gerichtete Gewalttaten und die Entwicklung des Konzepts gleichheitsrechtlicher Untersuchungspflichten	420
II. Innere Tatsachen als Beweisproblem: Die Nachweismethodik des EGMR.	427
1. Behandlung von Tatsachen- als Rechtsfragen: Die Auferlegung von Ermittlungspflichten	429
a) Dogmatische Herleitung von Ermittlungspflichten aus Art. 14 EMRK	429
b) Auslöser von und Anforderungen an staatliche Ermittlungspflichten aus Art. 14 EMRK	432
2. In Einzelfällen: Ausreichenlassen des <i>prima facie case</i> eines diskriminierenden Motivs und verletzte Ermittlungspflichten als Indiz für eine Verletzung des <i>substantive limb</i> von Art. 14 EMRK.	437
3. Bewertung.	442
D. Gesamtbewertung zur beweisrechtlichen Handhabung von Diskriminierungsfällen	443
Kapitel 5: Zusammenfassung und Ergebnisse der Untersuchung	445
English Summary: Questions of Proof at the European Court of Human Rights	455
Literatur	467